

„Wir können es uns nicht mehr leisten“ oder „Die Lage des Landeshaushalts lässt uns keine andere Wahl“ – so lauten die Begründungen von Vertretern der neuen Landesregierung, den Steinkohlenbergbau künftig „sozialverträglich“ auslaufen zu lassen. Die Koalitionsvereinbarung von CDU und FDP in Nordrhein-Westfalen sieht vor, die im Jahr 2003 von der Bundesregierung bis 2012 zugesagten Beihilfen in NRW zunächst bis 2010 um 750 Mio € zusätzlich zu kürzen und künftig mit einer Vereinbarung auf Bundesebene ganz einzustellen.

Da die Kohlelizenzen des Landes – wie auch beim Bund – gerade mal ein Prozent der Ausgabenseite ausmachen, ist der Haushaltszwang als Begründung für das politische Planspiel Auslaufbergbau ein ohnehin schwaches Argument. Betrachtet man die Einnahmeseite des Landeshaushalts, dreht sich das Argument geradezu um: Die Kohlelizenzen schaffen im Land NRW mehr Einnahmen, als sie das Land kosten. Das unterscheidet sie beispielsweise von Zahlungen des Landes, die in andere Bundesländer fließen und dort für Einnahmen sorgen.

Einsparungen im Landeshaushalt NRW wären mit einer Kürzung der Kohlelizenzen nur erzielbar, wenn für die gekürzten Beträge kurzfristig andere Finanzierungsquellen gefunden würden.

Ausstiegspläne nicht zu Ende gerechnet

NRW und Volkswirtschaft zahlen drauf

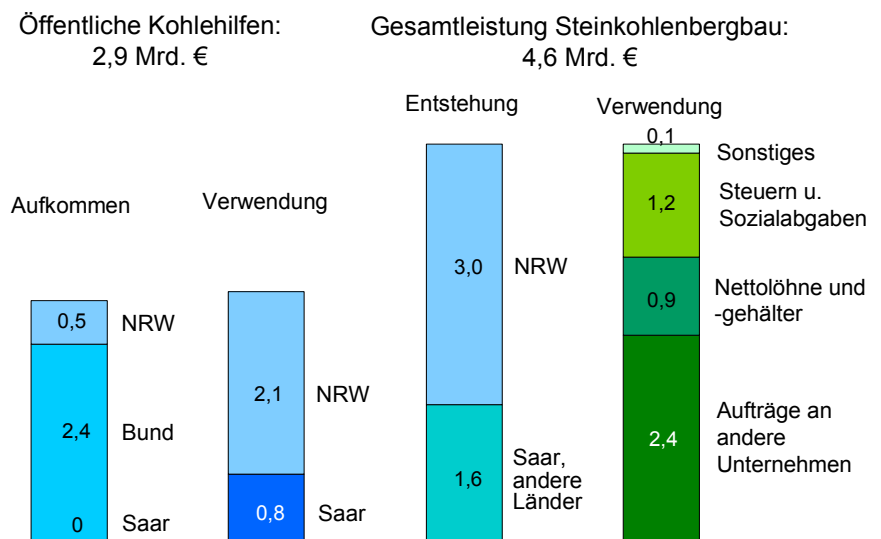
Die Frage „Was fließt an öffentlichen Mitteln in den Steinkohlenbergbau?“ greift viel zu kurz. Rückflüsse aus dem Bergbau in den Wirtschaftskreislauf bleiben dabei völlig unberücksichtigt: Löhne und Gehälter, Steuern und Sozialabgaben, Aufträge an die Wirtschaft sowie weitere Wertschöpfungsbeiträge. Im Wirtschaftskreislauf multipliziert sich jeder nicht nur für Importe ausgegebene Euro. Bei den Steinkohlelizenzen ergibt sich eine wirtschaftliche Gesamtleistung, die um 60 % höher ist als die Kohlelizenzen. Dies verbindet sich mit dem längerfristigen Mehrwert einer nationalen Rohstoffreserve, höherer Energieversorgungssicherheit sowie den Wertschöpfungs- und Beschäftigungsbeiträgen der international führenden deutschen Bergbau- und Kohletechnologie für ihre hiesigen Standorte. So hat

die deutsche Steinkohle an dem in NRW aus Steinkohle erzeugten Strom immer noch einen Anteil von zwei Dritteln.

Im Falle Nordrhein-Westfalens ist eine verkürzte Betrachtung insofern besonders krass, weil mehr Mittel für den Bergbau ins Land hineinfließen als aus dem Landeshaushalt dafür abfließen. Von den öffentlichen Kohlelizenzen von im Jahr 2004 insgesamt 2,9 Mrd. € sind 2,1 Mrd. € dem Steinkohlenbergbau in NRW zurechenbar. Der Anteil der Mittel aus dem NRW-Etat lag bei rund 0,5 Mrd. €. Der sich daraus ergebende positive Saldo von immerhin 1,6 Mrd. € kommt regionalwirtschaftlich betrachtet primär dem Land zu Gute.

Die Kohlelizenzen werden nicht, wie es böse Zungen gern behaupten, unter

Steinkohlenbergbau im Wirtschaftskreislauf



Datenbasis 2004

Tage verbuddelt. Neben ihrem Wert als „Versicherungsprämie“ sichern sie Arbeitsplätze, Einkommen und Aufträge. Die damit verbundenen Rückflüsse in die Wirtschaft und damit in die öffentlichen Haushalte und sozialen Sicherungssysteme sind beträchtlich.

Die wirtschaftliche Gesamtleistung des deutschen Steinkohlenbergbaus betrug im Jahre 2004 insgesamt 4,6 Mrd. €. Die Kohlehilfen für den Kohleabsatz zu Weltmarktpreisen und zur Deckung von Altlasten und Stilllegungsaufwand betrugen 2,9 Mrd. €. Von der Gesamtleistung von 4,6 Mrd. € kommen allein 3,0 Mrd. € dem Lande NRW zugute: Das Land erzielt das 6-fache seines „Einsatzes“ aus seinem Haushalt. Noch höher ist der „Gewinn“ des Saarlandes: Hier entsteht wirtschaftliche Leistung, ohne dass der Landeshaushalt dazu beiträgt.

Die Gesamtleistung des Steinkohlenbergbaus gliedert sich auf in Aufträge an andere Wirtschaftszweige (2,4 Mrd. €) sowie in Nettolöhne und -gehälter für seine Mitarbeiter (0,9 Mrd. €) und in Sozialabgaben und Steuern (1,2 Mrd. €), die direkt wieder in öffentlichen Kassen landen. Die wirtschaftliche Tätigkeit des Steinkohlenbergbaus sichert derzeit immer noch 100.000 Arbeitsplätze im Bergbau und in seinem Umfeld.

Die Kosten der Arbeitslosigkeit für 100.000 Arbeitslose liegen bei rd. 2,08 Mrd. € pro Jahr. Zum Vergleich: Die Kohlehilfen für den lebenden Bergbau, also allein die Absatzhilfen ohne Stilllegungsaufwand und Altlasten, werden in 2005 voraussichtlich rd. 1,9 Mrd. € betragen.

Die nordrhein-westfälische Landesregierung hat angekündigt, einen Teil der Mittel, die durch „Abbau der Steinkohlesubventionen gewonnen“ würden, für Bildung und für die

Neuansiedlung von Unternehmen einzusetzen. Selbst wenn der Bund – was er sicher nicht tun könnte – anstelle der Kohlehilfen denselben Betrag an den Landeshaushalt zahlte, wäre damit nur wenig gewonnen: Um die 100.000 Arbeitsplätze neu zu schaffen, wäre rein rechnerisch bei Kosten pro neuen Arbeitsplatz von 259.900 € (Durchschnitt Gesamtwirtschaft) der kaum vorstellbare Betrag von 26 Mrd. € erforderlich. Rechnerisch könnten mit den Absatzhilfen nur 7.500 neue Arbeitsplätze geschaffen werden, aber eben nur rechnerisch.

Selbst eine Großansiedlung wie zuletzt BMW, die nach Leipzig ging, erreicht bei weitem nicht die erforderliche Beschäftigtenzahl. Dort wurden mit Investitionen von 1,3 Mrd. € rd. 2.500 Arbeitsplätze geschaffen. Eine Investition an einem Chemiestandort in NRW führte sogar zu Investitionen von 5,25 Mio € je neuem Arbeitsplatz.

So oder so – neue Arbeitsplätze könnten die im Steinkohlenbergbau verlorenen nicht annähernd ersetzen. Die Landespolitik kann angeblich keine Arbeitsplätze schaffen. Aber für die bestehenden Arbeitsplätze im Steinkohlenbergbau trägt sie Mitverantwortung, weil der Steinkohlenbergbau einen politischen Auftrag erfüllt. Bei einer Arbeitslosigkeit im Lande von rund einer Million Menschen dürfte klar sein, was den Bergleuten bei betriebsbedingten Kündigungen bevorstünde.

Angesichts dieser Zusammenhänge verwundert es nicht, dass sich in NRW inzwischen immer mehr Kommunen massive Sorgen über die Folgen eines Ausstiegs aus der Steinkohle machen.

Gesamtwirtschaftlich gesehen ist schließlich auch zu berücksichtigen, dass ein Wegfall der deutschen

Steinkohle entsprechend vermehrte Energieimporte bedeutet und sich die außenwirtschaftliche Energierechnung Deutschlands demgemäß erhöht. Müsste die gegenwärtige Jahresförderung deutscher Steinkohle von 26 Mio t vollständig durch Importsteinkohle ersetzt werden, wären (bei Einfuhrpreisen wie derzeit) zusätzlich rd. 1,7 Mrd. € ans Ausland zu bezahlen, noch mehr inländische Wertschöpfung wäre zu transferieren, wenn Importerdgas an die Stelle der deutschen Steinkohle träte.

Wer die Kohlehilfen allein unter dem Gesichtspunkt der Ausgabenseite der öffentlichen Haushalte betrachtet, übersieht nicht nur die per Saldo positiven Rückflüsse in die Staatskassen. Er verdrängt auch die Frage, in welchem Zeitraum realistischerweise Ersatzarbeitsplätze in genügender Anzahl entstehen können. Vor allem aber entzieht er sich der Beantwortung der eigentlichen politischen Frage: Kann es sich der Industriestandort Deutschland im globalen Wettbewerb überhaupt leisten, auf seine größte eigene Energie- und Rohstoffreserve zu verzichten?